

# LINKS BEWEGT

Das Magazin der LINKEN zur Bundestagswahl.



Spitzen-Duo  
**Janine Wissler und  
Dietmar Bartsch  
im Interview**

Schwerpunkt  
**Die Reichen zur Kasse**

Gemeinsam aktiv  
**Die neue  
Wahlkampf-App**

## Inhalt

Ein Spitzenduo für DIE LINKE.....	2
Editorial.....	3
Es kommt auf uns an.....	4
Aktiver Wahlkampf trotz Corona.....	5
Klingeln, um über Politik zu reden.....	6
Menschen ansprechen.....	8
DIE-LINKE-App im Test.....	9
Linksaktiv, das Netzwerk für Aktive.....	10
Dem roten Internet entgegen.....	11
Unsere Kampagnen.....	12
Es geht um eine bessere Zukunft.....	14
Zeit zu handeln.....	16
Die Reichen zur Kasse.....	18
Gute Arbeit, gutes Leben.....	19
Klimagerechtigkeit jetzt!.....	20
Soziale Garantien für eine Gesellschaft ohne Angst.....	21
Die EU muss gegensteuern.....	22
Der Super Tuesday.....	23

## Impressum

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
Tel. 030 / 24 00 99 99  
kontakt@die-linke.de  
www.die-linke.de

V.i.S.d.P.:  
Jörg Schindler  
(Bundesgeschäftsführer)  
Redaktionsschluss 17. Mai 2021  
Redaktion: Fabian Lambeck  
Layout: Martin Heinlein

Einmalig: Zwei Frauen  
an der Spitze.

# Aufbruch ins Super- Wahljahr

**N**ach dem Parteitag ist vor dem Parteitag. Das gilt in diesem Wahljahr ganz besonders. Am 25. und 26. Februar erlebten wir eine geglückte Premiere: DIE LINKE veranstaltete ihren ersten Digitalparteitag. Doch die von der Pandemie erzwungene Digitalisierung ging nicht zu Lasten der parteiinternen Demokratie. Wir hatten einen richtigen Parteitag organisiert. Es gab Reden und Gegenreden, Abstimmungen und Wahlen und Geschäftsordnungsanträge – alles online. Die Bilanz der beiden Tage kann sich sehen lassen: Zwei neue Vorsitzende, ein neuer Parteivorstand und ein Leit-antrag, der von 85 Prozent aller Delegierten mitgetragen wurde.

Derzeit laufen die Vorbereitungen für den nächsten Parteitag. Dieser steht ganz im Zeichen unseres Wahlprogramms und wird am 19. und 20. Juni 2021 stattfinden. Der Leit-antrag zum Programm wurde bereits im April vorgestellt. »Es kommt auf uns alle an. Es kommt auf dich an!«, heißt es im Entwurf. Schon diese ersten Sätze machen klar, dass es für DIE LINKE in diesem Jahr um alles geht. Das schlägt sich auch in der Ansprache nieder. Schließlich will DIE LINKE deutlich machen, dass sie für den Aufbruch steht. Für eine Ära nach der CDU. Für Alternativen zum angeblich alternativlosen Einerlei: »Wir wollen einladen, macht mit, engagiert euch, es lohnt sich dafür zu kämpfen, diese Gesellschaft gerechter und besser zu machen. Es ist nichts alternativlos. Wir können Gesellschaft verändern«, betont die neue Parteivorsitzende Janine Wissler.

Die Ko-Vorsitzende Susanne Hennig-Wellsow stellt klar: »Ich trete an, weil ich etwas verändern will, weil ich nicht mehr warten will und weil die Menschen nicht mehr warten können. CDU und CSU müssen raus aus der Bundesregierung. Es braucht einen Aufbruch und Neuanfang! Wir sind bereit.« Dem neuen Führungsduo blieb kaum Zeit, sich einzuarbeiten. Schließlich stehen in diesem Jahr noch vier Landtagswahlen und die Bundestagswahl ins Haus. Das macht es für Janine und Susanne nicht einfacher. Ursprünglich wollten sich die beiden Frauen bereits auf dem Parteitag im Juni 2020 zur Wahl stellen. Doch die Corona-Pandemie machte einen Präsenzparteitag mit 1 000 Delegierten unmöglich. Auch der zweite Termin

im Herbst des vergangenen Jahres konnte nicht gehalten werden. So blieben Katja Kipping und Bernd Riexinger bis Februar 2021 im Amt.

Trotz der schwierigen Umstände haben sich die beiden Frauen schnell eingearbeitet. Politische Erfahrung bringen sie auf jeden Fall mit. So ist Janine Wissler seit 2009 Vorsitzende der Linksfraktion im Hessischen Landtag und seit 2014 auch Stellvertretende Parteivorsitzende





Fotos: Martin Henning

der LINKEN. Susanne Hennig-Wellsow war lange Jahre Vorsitzende der LINKEN in Thüringen und der dortigen Landtagsfraktion. Sie gilt als engagierte Kämpferin gegen rechts und Befürworterin von Rot-Rot-Grün auf Bundesebene. Susanne machte bundesweit Schlagzeilen, als sie dem mit Stimmen der AfD gewählten Kurzzeit-Ministerpräsidenten Thomas Kemmerich (FDP) einen Blumenstrauß vor die Füße warf. Immer wieder verweist sie auf ihre Prägung durch die PDS. »Die PDS war da. Sie hat gekämpft. Deswegen bin ich in die PDS eingetreten. Weil sie die Fehler im System deutlich gemacht hat.« Janine gründete mit anderen Empörten im Jahre 2004 den hessischen Ableger der WASG, die später mit der PDS zur LINKEN verschmolz. Sie pflegt enge Kontakte zu Gewerkschaften und Bewegungen. Ein Duo also, dass diese Partei gut repräsentiert.

In einem Gastbeitrag für die Tageszeitung »nd« brachten Janine und Susanne ihren gemeinsamen Ansatz auf den Punkt: »Wir haben als LINKE tolle Menschen als Mitstreiter\*innen. Vertrauen wir uns, damit andere uns vertrauen. Verändern auch wir uns, damit Veränderung gelingt. Radikal und realistisch. Für einen neuen linken Aufbruch.«

#### Parteivorsitzende

Janine Wissler  
Susanne Hennig-Wellsow

#### Stellvertretende Parteivorsitzende:

Katina Schubert, Martina Renner,  
Jana Seppelt, Ali Al-Dailami,  
Ates Gürpinar, Tobias Pflüger

#### Bundesschatzmeister:

Harald Wolf

#### Bundesgeschäftsführer:

Jörg Schindler

#### Parteivorstand

Jan van Aken, Didem Aydurmus,  
Friederike Benda, Tobias Bank, Lorenz  
Gösta Beutin, Maximilian Becker,  
Antje Behler, Kerstin Eisenreich, Janis  
Ehling, Kenja Felger, Bettina Gutperl,  
Margit Glasow, Konstantin Gräfe, Thies  
Gleiss, Wulf Gallert, Stefan Hartmann,  
Kerstin Köditz, Johannes König, Katrin  
Lompscher, Simone Luedtke, Niema  
Movassat, Jan Richter, Sabine Skubsch,  
Julia Schramm, Michaela Sojka, Martin  
Schirdewan, Ilja Seifert, Birgül Tut,  
Maja Tegeler, Axel Troost, Frank  
Tempel, Daphne Weber, Melanie Wery-  
Sims, Raul Zelik,



## Liebe Genossinnen und Genossen,

Ihr haltet unser Magazin »Links bewegt« erstmals in den Händen. Es gibt fünf gute Gründe, warum wir Euch unser eigentlich nur online erscheinendes Magazin in gedruckter Form nach Hause schicken: DIE LINKE stellt sich in diesem Jahr noch fünf Wahlen. In Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Thüringen kämpfen wir auf Landesebene um gute Ergebnisse. Bei der Bundestagswahl wollen wir die CDU von den Schalthebeln der Macht vertreiben. Klingt utopisch oder gar radikal?

Tatsächlich ist unsere Politik radikal, weil sie die Wurzel der Probleme nicht ignoriert. Wir brauchen einen radikalen Wandel. Gleichzeitig sind wir pragmatisch, weil wir konkrete Verbesserungen wollen und dafür überzeugende Konzepte haben. Wir kämpfen dafür, den sozial-ökologischen Umbau voranzutreiben und gerecht zu machen. Der Umbau der Gesellschaft wird nur gelingen, wenn wir ihn sozialen mit Aufstiegsperspektiven verbinden.

Aber auch wir verändern uns. DIE LINKE hat seit 2018 viele neue Mitglieder gewonnen, zwei Drittel sind unter 35 Jahren. Aus einer anti-neoliberalen Sammlungsbewegung sind wir zum kämpferischen Flügel für einen Sozialstaat der Zukunft geworden. Deshalb gehen wir zuversichtlich in die kommenden Wahlkämpfe.

Euer **Jörg Schindler**  
Bundesgeschäftsführer

Wir wollen einen neuen linken Aufbruch für soziale Gerechtigkeit

# Es kommt auf uns an

**B**ei den Wahlen im Herbst geht es um viel. Um sehr viel. Im Bund geht es darum, welche Lehren wir aus der Corona-Krise ziehen, ob es gelingt, den Klimaschutz so zu stärken, dass wir die Erderwärmung auf 1,5 Grad begrenzen, ob wir eine Entwicklung für mehr gesellschaftliche Solidarität anstoßen können.

Es gilt, die Lücken im Gesundheitssystem zu schließen, die finanziellen Lasten der Krise gerecht zu verteilen, Investitionen in öffentlichen Verkehr, Bildung, Wohnen und vieles mehr zu stärken, Wohnen erschwinglich zu machen. Wir wollen eine solidarische Grundsicherung und soziale Garantien für ein würdiges Leben im Alter. Wir wollen, dass diejenigen, die mit ihrer Arbeit diese Gesellschaft am Laufen halten, die verdiente Anerkennung auch in ihrem Geldbeutel spüren. Wir wollen, dass der Osten nicht vom Westen untergebuttert wird. Es geht um Abrüstung statt Kriege und ein friedliches Zusammenleben in einer sich verändernden Welt. Kurz: Wir wollen einen neuen linken Aufbruch für soziale Gerechtigkeit. Dafür braucht es mehr als kleine Korrekturen, im Bund wie auch in den Ländern.

Vor uns liegen wichtige Landtagswahlen. Es ist nicht egal, wer in Berlin, Thüringen oder Mecklenburg-Vorpommern regiert. Es kommt auf uns an. Der Berliner Mietendeckel war ein wichtiges Signal an alle Mieterinnen und Mieter. Ohne DIE LINKE

hätte es das nicht gegeben. Und wir sind damit auch nicht gescheitert. Das Bundesverfassungsgericht hat lediglich gesagt, dass nur der Bund solche Regeln beschließen darf. Also werden wir für den Mietendeckel im Bund kämpfen. In Thüringen haben wir das erste Vergabegesetz auf Landesebene durchgesetzt, dass auch einen am Tarif des Öffentlichen Dienstes orientierten Mindestlohn vorschreibt. In Mecklenburg-Vorpommern ist es DIE LINKE, die den Protest gegen die Schließung und Privatisierung von Krankenhäusern ins Landesparlament trägt. Drei Beispiele aus drei Ländern, die zeigen: DIE LINKE macht den Unterschied. Und weil das so ist, wollen wir im September so gute Wahlergebnisse erzielen, dass wir in Thüringen unseren Ministerpräsidenten Bodo Ramelow verteidigen, in Berlin unser Gewicht in der Landesregierung erhöhen und in Mecklenburg-Vorpommern einen Beitrag dafür leisten, dass die Große Koalition von einer progressiven Landesregierung unter unserer Beteiligung abgelöst wird.

Unser Auftrag ist es, nicht nur das Richtige zu sagen, sondern auch auszustrahlen, dass und wie man es durchsetzen kann. Wir kämpfen im Bund und in den Ländern dafür, dass das längst Überfällige an sozialen Veränderungen auch verwirklicht wird.

Und dazu gehört auch, dem Hass entschieden entgegenzutreten. Wir blockie-

ren Naziaufmärsche und stellen uns in den Parlamenten der AfD in den Weg. Antifaschismus ist für uns eine Frage der Haltung und der Aktion. Wir sagen allen Formen der Menschenfeindlichkeit den Kampf an und verteidigen die Demokratie – und damit auch die Voraussetzungen für linke Veränderung. Und nur mit linker Veränderung lässt sich der soziale Nährboden der Gefahr von rechts austrocknen.

Unsere Politik ist radikal, weil sie die Ursachen nicht ausklammert. Sie ist aber auch pragmatisch, weil wir konkrete Dinge verändern wollen. Wir wollen wirkliche Veränderung. Wir wollen linke Verlässlichkeit demonstrieren und zeigen: Wir machen einen Unterschied. Auf geht's, liebe Genossinnen und Genossen. Es lohnt sich!

**Susanne Hennig-Wellsov**  
Parteivorsitzende



Foto: Martin Herden

Auch in der Pandemie werden wir auf der Straße Wahlkampf machen und Gespräche mit den Menschen führen. Wir müssen dabei nur ein paar Dinge beachten.

# Aktiver Wahlkampf trotz Corona

**L**ockdown, Ausgangssperren, Kontaktbeschränkungen: Viele Genoss:innen sind angesichts der Corona-Auflagen unsicher, was derzeit erlaubt ist. Auch wenn der Online-Wahlkampf wichtig ist: Das persönliche Gespräch bleibt entscheidend für die Mobilisierung unserer Zielgruppen, deshalb müssen wir den engen Kontakt suchen – natürlich unter Einhaltung der Hygienekonzepte. Darum teilen wir unsere Ideen und Methoden in folgende Kategorien ein: kontaktfrei, kontaktarm und kontaktstärker. Die klassischen Wahlkampfmethoden, wie das Plakatieren und Stecken von Flyern, sind kontaktfrei. Deshalb wird es wieder Plakate, Flyer, Kurz- und Langwahlprogramme sowie eine auflagenstarke Wahlkampfzeitung geben. Alles planbar über die neue LINKE-Wahlkampf-App (siehe Seite 9). Hierbei muss besonders auf die Zusammenstellung der Teams geachtet werden. Gut wäre, wenn immer ein Haushalt im eigenen Auto plakatieren fährt. Lässt sich das nicht leisten, müssen die Wahlkämpfer:innen auch im Auto Maske tragen und sollten sich vorher testen lassen.

An Infoständen und bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen gilt das Gleiche. Hier ist zusätzlich noch auf die Allgemeinverfügungen der Länder bezüglich Parteien und Wahlkämpfe zu achten. Wichtig: Wir wollen dabei mit den Wähler:innen ins Gespräch kommen. Deshalb ist es wichtig, auf die Menschen zuzugehen und sie zu überzeugen, aber natürlich mit Abstand und Maske! Massenaufmärsche am Infostand und in Gesprächen sollten wir unbedingt vermeiden! Ihr solltet einfach mit mehr Wahlkämpfer:innen vor Ort sein, um alles etwas weiter auseinander zu ziehen.

Bei allen Formen des aufsuchenden Wahlkampfes – sei es im Kleingarten, am Strand, im Biergarten oder an der Haustür – müssen wir sehr feinfühlig vorgehen. Gerade für die Mobilisierung von Nichtwähler:innen ist das die wirksamste Wahlkampfmethod. Dazu gibt es umfangreiche Schulungen und ein eigenes Hygienekonzept auf der Seite [www.die-linke.de/haustuergespraeche](http://www.die-linke.de/haustuergespraeche). Große Saalveranstaltungen mit mehreren Hundert oder Tausend Menschen wird es nicht geben. Sollten Bühnenveranstaltungen (Barnstorms) geplant werden, dann sollten sie auf jeden Fall im Freien stattfinden und Sitzplätze mit genügend Abstand und einer Maskenpflicht für alle kombiniert werden. Für die Wahlkampforganisation sind regelmäßige Treffen unerlässlich. Hier empfehlen wir, diese möglichst online oder im Freien durchzuführen.



## Betreute Briefwahl

Briefwahlen gewinnen in der Pandemie enorm an Bedeutung. So kletterte der Anteil der Briefwähler:innen bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz im März von 30 auf über 66 Prozent. Die Stimmabgabe per Brief beginnt schon im August und geht dann bis zum eigentlichen Wahltag. Wichtig für DIE LINKE wird deshalb sein, die Botschaften mit dem konkreten Wahlauftrag für DIE LINKE sehr früh zu setzen. Zum Teil noch früher, als es gesetzlich erlaubt sein wird, Plakate und Großflächen aufzustellen. Die Möglichkeit, die Briefwahl zu beantragen, besteht in der Regel mit der Zustellung der Wahlbenachrichtigung (6 bis 8 Wochen vor der Wahl) und muss auch am Wohnort geschehen. Das heißt, ein zentrales Briefwahlbeantragungstool kommt nicht in Betracht. Wir müssen schon vor Beantragung der Unterlagen bei den Wähler:innen verankert haben, dass Briefwahl gleich Wahl der LINKEN bedeutet.

- Mit guten Argumenten für DIE LINKE auf die Möglichkeit zur Briefwahl hinweisen und das Angebot machen, direkt mit und bei uns (Infostand, Veranstaltungsmobil, Haustür) die Briefwahlunterlagen zu beantragen,
- die Möglichkeit zur Erinnerung bzw. zum Weitergeben der Infos geben (durch Briefwahlwecker Kontakte einsammeln),
- ab Briefwahlstart an die Bestellung der Unterlagen erinnern und wieder Argumente in Erinnerung rufen,
- nachhaken, ob die Unterlagen schon da sind und mit den Argumenten zur Wahl der LINKEN an das Abschicken der Unterlagen erinnern.

Wir zielen also darauf ab, über die Mobilisierung und die Entscheidung für DIE LINKE weitere Multiplikator:innen, mindestens aber Kontakte und Spenden zu gewinnen

Haustürwahlkampf begeistert immer mehr Genoss:innen und ist zentraler Bestandteil der Wahlstrategie. Aber was macht Haustürgespräche eigentlich aus? Wir sprachen mit **Eva Wolff** (Stadtvorstand und Haustürkoordinatorin des OB-Wahlkampfes 2019 in Chemnitz), **Anja Müller** (MdL und Kreisvorsitzende im Wartburgkreis) und **Luigi Pantisano** (OB-Kandidat 2020 für Konstanz).

# Klingeln, um über Politik zu reden

## **W**as war eure Motivation mit Haustürgesprächen anzufangen?

**Eva:** Ich habe mir 2018 gedacht, mit Haustürgesprächen bist du vor Ort und das hilft der Partei.

**Anja:** Wir haben uns auch 2018 gefragt, wie kommen wir an die Menschen ran? Dann haben wir einfach an Haustüren geklingelt. Und wir waren so begeistert von dem, was an den Türen passiert ist. Ich werde nie meinen älteren Genossen vergessen, der ist über 70, den haben wir gar nicht losreißen können von den Haustüren. Die Politik ist so kompliziert geworden und die Leute wollen einfach quatschen. Und genau das mit ihnen zu machen, den Menschen einfach Politik zu erklären, das ist das Beste.

**Luigi:** Die Motivation war bei der OB-Wahl in Konstanz vor allem das Erzeugen einer Masse. Wir wussten, dass es durch die Corona-Pandemie schwierig wird, Leute zu erreichen. Also haben wir gedacht: Okay, wir versuchen es über die Haustür.

## **Gab es auch Vorbehalte beim Thema Haustürgespräche?**

**Luigi:** Als wir das erste Mal vor so einer Tür standen – man kommt sich ja vor wie ein Zeuge Jehovas. Diese Vorbehalte trägt jeder in sich. Wir haben uns sehr bemüht, die Vorbehalte aufzulösen. Mit Spaß zum Beispiel oder indem man ein-

fach an ein paar Türen klingelt. Sobald man zwei, drei Gespräche geführt hatte, funktioniert es.

**Eva:** Das größte Hindernis waren die Vorbehalte im Stadt- und im Landesvorstand. Und auch meine befreundeten Genoss:innen haben anfangs immer ganz kurzfristig abgesagt. Aber bis Februar 2020 hat sich ein fester Kern von acht Genoss:innen herauskristallisiert und dann bei der OB-Wahl waren wir 15. Das hat sich dann auch im Wahlkampf niedergeschlagen. Wir haben zwar nicht gewonnen, aber enormen Zuspruch erhalten.

## **Eva, wie habt ihr zur OB-Wahl ausgewählt, in welche Viertel ihr geht?**

**Eva:** Wir haben erst Viertel aufgesucht, wo wir schon eine Stammwählerschaft hatten, wir aber bei der letzten Wahl festgestellt haben, dass sie nicht aktiviert wurden. Und sie waren eigentlich alle begeistert. Zuletzt haben wir gesagt: Jetzt trauen wir uns einfach mal. Wir gehen in ein Gebiet, das bekannt für viele rechte Leute ist. Und ich glaube, 40 Prozent der Gespräche waren uns wohlgesonnen bei der Frage: »Würden Sie uns auch wählen?«. Wir haben uns auch gar nicht vorstellen können, dass Menschen gleich in DIE LINKE eintreten wollen.

## **Anja, ihr geht auch abseits von Wahlen an die Haustüren?**



Das vollständige Interview und die Möglichkeit mitzumachen, findet ihr auf: [www.die-linke.de/haeuertgespraech](http://www.die-linke.de/haeuertgespraech)

**Anja:** Ja, man darf es nicht nur in Wahlkämpfen machen. Und wenn es nur einmal im Monat ist. Letztens hatten wir wieder Gespräche geführt. Da steht schon unten vor dem Haus ein kleiner Trupp, auf Abstand im Moment, ist klar. Und da besprechen wir die Probleme, die gerade sind, die Impftermine oder sonst irgendwas. Diese Kontinuität macht's und dadurch kennen einen die Leute.

## **Was für Materialien nehmt ihr mit, wenn kein Wahlkampf ist?**

**Anja:** Wir laden die Menschen zu etwas ein. Zu einer Veranstaltung, zu einem Infostand, ich biete auch regelmäßig immer Kaffeeklatsch an. Das kannst du auch über die Zeitung tun, aber wie viele Menschen lesen Zeitung? Also laden wir sie an den Haustüren ein!

## **Luigi, welche Bedeutung hatten die Gespräche für deine Kampagne?**

**Luigi:** Im zweiten Wahlgang haben wir innerhalb von drei Wochen mit ca. 40 Menschen an fast 10 000 Türen geklingelt. Das hat riesigen Spaß gemacht: Klingeln, um über Politik zu reden, viele positive Rückmeldungen zu bekommen. Ich hab' zugehört, die Sachen aufgegrif-



fen aus diesen Gesprächen und sie bei Podiumsdiskussionen verwendet, oder beim nächsten Gespräch. Die Menschen, mit denen wir gesprochen haben, hatten was davon. Und alles, was wir gemacht haben, haben wir in die sozialen Medien transportiert.

### Was war für euch der schönste Moment an der Tür?

**Luigi:** Also es gab einen älteren Herrn, der immer FDP gewählt hat. Das Gespräch hat ihn aber ins Wanken gebracht. Er hat mir dann angeboten, nochmal zu kommen, weil sein Sohn und die Nachbarn unten wären nicht da, und er würde gerne diesen besonderen Moment, dass da ein Kandidat bei ihm im Treppenhaus steht, teilen.

**Anja:** Einmal waren wir in einem Haus, dort wohnte eine Rollstuhlfahrerin und die Wohnungsbaugesellschaft hat ihr Problem einfach nicht gelöst – sie kam nicht mehr aus ihrer Wohnung. Wir hatten sie eingeladen zum Sommerfest und ihr versprochen, dort ist jemand dabei, der auch im Aufsichtsrat dieser Wohnungsbaugesellschaft sitzt. Und an dem Tag haben wir das Problem der Frau gelöst. Sie war echt dankbar.

**Eva:** Ein Moment ist mir gut in Erinnerung: Eine ältere Frau war zunächst sehr abweisend. Aber ich konnte mit ihr gut über die Probleme dieses Wohngebiets reden und dann, weil ich Lehrerin war, über die Schule ihrer Enkelin. Wir haben weiterhin Kontakt und sie hat uns gewählt.

### Letzte Frage: Was gebt ihr unserer Partei mit auf den Weg? Was ist euer Tipp für Haustürgespräche?

**Luigi:** Zuhören können. Das ist ganz wichtig. Also das Interesse mitbringen für die Menschen. Ob sie euch positiv oder negativ begegnen – man kann immer was daraus ziehen. Selbst wenn jemand super negativ an der Tür reagiert, könnt ihr trotzdem nachfragen: »Warum denn nicht? Ich würd's gerne wissen«. Und an einem eurer Workshops zu Haustürgesprächen teilnehmen.

**Anja:** Ihr müsst wissen, was in dem Viertel gerade los ist, oder lest zumindest vorher die Tageszeitung. Habt immer einen Mitgliedsantrag dabei. Es gibt doch die eine oder den anderen, der in die Partei eintreten will.

**Eva:** Ich schließe mich meinen Vorredner:innen unbedingt an. Und: Immer freundlich bleiben, immer fröhlich sein und nie aufgeben!

## Unsere Ziele:

- Gemeinsam an 200 000 Haustüren im Bundestagswahlkampf klingeln – Startschuss ist der Haustürwahlkampf-Aktionstag am 5. Juni.
- Erfahren, welche Themen eure Nachbar:innen umtreibt.
- Persönliche Kontakte zu Menschen aufbauen, die wir sonst nie erreichen würden. So gewinnen wir Aktive und Mitglieder.

## Unser Plan:

- Dorthin gehen, wo die Wahlbeteiligung eher niedrig ist und unsere Ergebnisse vergleichsweise hoch sind – wir wollen Leute erreichen, die uns oder unsere Forderungen gut finden.
- Unsere Fortschritte notieren – wo wart Ihr an wie vielen Türen? Wie viele Gespräche und Wahlzusagen hattet Ihr? All das geschieht in der LINKEN-Wahlkampf-App.

## Werde Haustürwahlkämpfer:in!

Als Haustürwahlkämpfer:in bekommst Du von Deiner/Deinem Koordinator:in alle Infos und Materialien.

## Werde Haustürkoordinator:in!

Du bringst DIE LINKE an die Türen, weil Du in Deinem Dorf oder Deinem Kiez Einsätze planst und vorangehst! Keine Sorge: Wir unterstützen Dich mit Schulungen, Material und einer persönlichen Einführung in die Wahlkampf-App!

## Haustürgespräche sind coronasicher!

Haustürgespräche sind das Sicherste, was Ihr an politischen Aktivitäten in der Pandemie tun könnt. Wir haben Tausende Haustürgespräche geführt und freuen uns über den immensen Zuspruch an den Haustüren.

Mit organisierendem  
Wahlkampf neue  
Mitglieder gewinnen!

# Menschen ansprechen

**I**n diesem Superwahljahr unter Pandemie-Bedingungen stehen wir als LINKE vor besonderen Herausforderungen. Wir müssen als Partei zur Bundestagswahl mit 60 000 Mitgliedern mehr als 5 000 000 Wähler:innen erreichen. Das sind zwei gut besetzte Schulbusse je Mitglied. Deshalb wollen wir Menschen aktivieren. Wenn jedes Mitglied im Wahlkampf zehn Menschen davon überzeugt, DIE LINKE zu wählen, und jeder von denen weitere zehn Menschen, dann sind wir am Ende bei 6 000 000 Stimmen. Und wenn jedes Mitglied im Wahlkampf ein neues Mitglied gewinnt, dann rückt unser Ziel in greifbare Nähe, noch in diesem Jahr 100 000 Genoss:innen stark zu werden.

Das ist nur ein Zahlenspiel, die Realität ist etwas komplizierter. Natürlich ist es eine Hürde, Menschen im Wahlkampf anzusprechen und gar zu fragen, ob sie in DIE LINKE eintreten wollen. Aber ohne solche werbenden Gespräche bleibt die Organisationsentwicklung weitestgehend dem Zufall überlassen. Deshalb müssen wir den Wahlkampf darauf ausrichten, dass wir Menschen ansprechen, um mit ihnen gemeinsam Wahlkampf zu machen. Wenn wir uns in offenen Wahlkampftreffen organisieren und gemeinsame Aktionen starten, ist es viel einfacher, jemanden auf eine Mitgliedschaft anzusprechen, weil man sich ja schon kennt. Es geht uns ja nicht darum, möglichst viele Mitglieder zu haben, die lediglich ihren Beitrag abdrücken. Nein, wir wollen stärker werden und gemeinsam die Welt verändern! Dabei festigt sich durch eine gemeinsame politische Praxis

auch die Bindung unter den Mitgliedern. Austritte, weil man vor Ort keinen Kontakt bekommen hat, nehmen ab.

Was es dazu braucht? Eine Strategie vor Ort. Das Ansprechen von Menschen als neue Mitglieder muss elementarer Bestandteil der politischen Arbeit und der Wahlkampfplanung werden. In vielen Kreis- und Landesverbänden wird der Wahlkampf auf Aufsuchenden- bzw. Dialog-Wahlkampf ausgerichtet: Die dazu notwendigen Elemente wie Linksaktiv, Kampagnenarbeit, Haustürwahlkampf und die Wahlkampf-App finden sich in diesem Magazin, sind aber auch über die Landesgeschäftsstellen oder die Bundesgeschäftsstelle zu bekommen. Der organisierende Wahlkampf macht es einfacher, neue Menschen in den Wahlkampf einzubeziehen. Damit ist es dann eine einfache Schrittfolge zum neuen Mitglied. Menschen ansprechen, Kontaktdaten einsammeln, regelmäßige Angebote zum Mitmachen unterbreiten, zusammen Wahlkampf machen und gemeinsam gewinnen. Nach einiger Zeit fragen, ob Mensch jetzt dauerhaft Mitglied werden möchte. Sich gemeinsam freuen, dass man wieder stärker geworden ist und weitere Menschen ansprechen.

Das funktioniert persönlich am besten, geht aber auch beim Onlinewahlkampf und bei (digitalen) Veranstaltungen. Wichtig ist, dass jemand ausspricht: Wir brauchen Dich! Mach doch mit! Werde Mitglied! Dann muss es ein Angebot geben, die Kontakte da zu lassen – per Online-Formular wie z. B. [www.linksaktiv.de](http://www.linksaktiv.de) oder klassisch per Liste zum Eintragen oder auf einem Mitmach-Formular. Jedes Mitglied kann Menschen aus seinem Umfeld ansprechen und sollte das auch tun. Nur so werden wir mehr, werden wir stärker und machen das Land gerecht!

## Werde jetzt Mitgliederwerber:in

Zur Unterstützung und Vernetzung aller Genoss:innen, die neue Mitglieder werben oder werben wollen, bauen wir ein Mitgliederwerbenetzwerk auf.

## Melde Dich jetzt an

Kontakt zum Mitgliederteam der Bundesgeschäftsstelle über: [mitglieder@die-linke.de](mailto:mitglieder@die-linke.de)  
Tel.: 030 24009 555

[www.die-linke.de/mitmachen](http://www.die-linke.de/mitmachen)



**A**n einer Berliner Straßenecke im Wedding haben Alina, Robert, Martin und Stefan an einem kalten Freitagnachmittag im März einen Campingtisch und einen Kasten Club-Mate aufgestellt. Gut gelaunt und mit FFP2-Masken verhüllt, sortieren sie die Stapel von Papier: Flyer, Unterschriftenlisten, Klemmbretter, Gesprächsleitfäden und Auswertungsbögen. Neugierige Vorbeilaufende klärt Robert auf: »Wir sind von der LINKEN und wir wollen gleich mit den Menschen in dieser Nachbarschaft an ihren Haustüren ins Gespräch kommen.«

## DIE LINKE App im Test

Ein paar Minuten später haben sich 17 Haustürwahlkämpfer:innen weiltläufig um den Tisch herum versammelt. Einige sind das erste Mal dabei, andere waren schon oft an den Türen. Eine junge Frau kommt gerade von den Fridays-for-Future-Protesten und freut sich, dass sie es rechtzeitig zum Haustüreinsatz geschafft hat. Durch die Pandemie ist die Arbeit an den Haustüren umso wichtiger: In den Einzelgesprächen kann Abstand gehalten und Infektionsschutz berücksichtigt werden. Da viele Veranstaltungsformate in diesem Wahlkampf schwierig geworden sind, hat das Haustürgespräch nochmal zusätzlich an Bedeutung gewonnen. Doch der heutige Einsatz an den Türen ist in mehrfacher Hinsicht ein Meilenstein für DIE LINKE. An diesem Freitag beginnt nicht nur der flächendeckende Haustürwahlkampf für die Bundestags- und Abgeordnetenhauswahl im Berliner Wedding, hier werden nicht nur Unterschriften für »Deutsche Wohnen und Co. enteignen« eingesammelt, hier wird auch erstmalig die Wahlkampf-App der LINKEN im echten Einsatz getestet, die ab Ende Mai in einer ersten Testversion zur Verfügung steht.



DIE-LINKE-App wurde seit Herbst letzten Jahres entwickelt und wird in diesem Bundestagswahlkampf zur Verfügung stehen. Sie richtet sich an alle, die mit der LINKEN aktiv werden wollen: Es ist eine Planungshilfe für Wahlkampfleitende und eine Mitmachmöglichkeit für Parteimitglieder und Unterstützer:innen. In der heißen Wahlkampfphase kann mit Hilfe der App auch die Plakat- und Flyerverteilung organisiert werden. Im allerersten Schritt ist sie eine Hilfe für die Haustüreinsätze. Hier können Routen geplant und den Aktiven übergeben werden, die dann nicht mehr mit Stapeln von Papier sondern nur noch mit einem Smartphone und den zu verteilenden Materialien ausgestattet an die Türen gehen können. Nur so wird es gelingen, in jedem Wahlkreis mit tausenden Menschen Gespräche an ihren Haustüren zu führen – allein mit Stift und Zettel ist dieser logistische Aufwand kaum zu stemmen.

Nachdem sich alle Teams für den Haustüreinsatz zusammengefunden haben, wird die App kurz erklärt: Die Anmeldung, das Auswählen der Routen und das Markieren der abgearbeiteten Adressen ist schnell erklärt. Auch das Eingeben der Kontakte von den Menschen, die mehr mit der LINKEN zu tun haben wollen, ist intuitiv zu verstehen. Nedim, Gesine und Leo finden sich schnell zurecht und ziehen los. Das Smartphone zeigt die nächste Adresse an, an der sie klingeln werden.

Nach einer Stunde kommen die drei Teams zurück. Nedim und Gesine sind begeistert und kamen sehr gut mit der App zurecht. Leos Smartphone ist leider abgestürzt – es hat die eisigen Temperaturen an diesem Nachmittags nicht verkraftet. Zum Glück hatte Leo noch einen Zettel mitgenommen und konnte seine erledigten Haustüren herkömmlich auf Papier notieren. Denn das Haustürwahlkampf-Team hat sich viel vorgenommen. Im gesamten Kiez wird flächendeckend an allen Haustüren geklingelt, den Menschen zugehört, um gemeinsam mit ihnen für eine bessere Gesellschaft zu streiten. An diesem Nachmittags wurden die ersten 300 Gespräche geführt, in den nächsten Wochen und Monaten werden es Tausende werden. Fast alle Gespräche an diesem Nachmittags waren positiv und viele Unterschriften wurden für die Initiative »Deutsche Wohnen und Co. enteignen« gesammelt. Durchgefroren und hochmotiviert blickt Robert auf diese Premiere: »Das war voll gut – und hat richtig Bock gemacht!«

**Susanne Lang** koordiniert die Entwicklung der Wahlkampf-App in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN.

**Christoph Kröpl**, Leiter des Bereichs Kampagnen und Parteientwicklung in der Bundesgeschäftsstelle, im Interview.

# Linksaktiv, das Netzwerk für Aktive

**A**uf unserer Webseite findet sich auch die Rubrik »Linksaktiv«, die sich an Genoss:innen und Sympathisant:innen richtet. Was steckt dahinter?

Linksaktiv ist das bundesweite Aktiven-Netzwerk der LINKEN – zu erreichen über [www.linksaktiv.de](http://www.linksaktiv.de). Dort können sich alle melden, die in und mit der LINKEN gemeinsam Politik machen wollen. Thematisch geht es jenseits der Wahlkämpfe um die Themen Pflege, Miete, Verkehrspolitik, Umverteilung und Frieden. Kurz: Alles, was für Linke wichtig ist. Über Linksaktiv laufen aber auch die zentralen und lokalen Infos zu Demo- und Aktionsmobilisierungen, Befragungen und Diskussionsangeboten. Auch für aktive Mitglieder macht es Sinn, sich dort anzumelden und einzubringen. Es geht darum, Partei zu ergreifen, sich zu positionieren und gemeinsam aktiv zu werden.

**Das klingt erstmal ziemlich abstrakt ...**  
Nein, im Gegenteil: Ziele und Methoden

von Linksaktiv sind konkret. Fakt ist: Wir wollen stärker werden und zugleich ist es politischer Anspruch der LINKEN, Menschen zusammen zu bringen und zu organisieren. Linksaktiv ist also auch das digitale Organizing-Angebot der LINKEN. Hier können wir in Zukunft alle sammeln, die irgendwo mit der LINKEN Kontakt hatten und diesen vertiefen wollen. Sei es am Infostand, an der Haustür, auf einer Veranstaltung oder über Social Media. Das soll dann auch alles über die neue Wahlkampf-App möglich sein (siehe Seite 9). Der strategische Hebel ist ziemlich simpel, muss aber auch organisiert werden.

**Ist es denn sinnvoll, Menschen zu kontaktieren, die keine Mitglieder sind?**

Wir wollen als LINKE möglichst viele Kontakte von Menschen sammeln, die uns offen gegenüber sind. Durch regelmäßige Kommunikation und Mitmach-Angebote wollen wir sie zum gemeinsamen Handeln bewegen. Diese Menschen sind

wichtige Multiplikator:innen, die dann vielleicht zu Mitgliedern werden. Sie sollen aber vor allem in ihrem Umfeld politisch aktiv werden und dadurch auch DIE LINKE stärker und größer machen. Gerade Menschen, die bisher nicht so viel mit Politik zu tun hatten oder vielleicht sogar enttäuscht sind, können wir so ein Angebot machen, langsam einzusteigen

**Aber wie funktioniert Linksaktiv denn nun genau?**

Das Herzstück von Linksaktiv bildet die Datenbank. Dort fließt alles zusammen, natürlich unter strengen Datenschutzauflagen. Landes- und Kreisverbände haben Zugriff auf die Aktiven-Daten und können direkt Angebote zum Mitmachen weitergeben. Gerade für die Kreisverbände kann Linksaktiv also eine wertvolle Hilfe sein. Schließlich können sie direkt mit den Menschen vor Ort in Kontakt treten, auch wenn diese gar keine Mitglieder sind. Denn alle, die bei Linksaktiv mitmachen, bekommen gemäß ihrer Interessen regelmäßig Informationen der LINKEN und kleine »Call to Action« (Das sind Aktionsaufrufe, damit sie sich entweder im Netz, aber auch vor Ort beteiligen können). Das ist gerade in Regionen besonders wichtig, in denen wir noch nicht flächendeckend Bürostrukturen haben. Im Bundestagswahlkampf werden wir allen Linksaktiven wieder das Angebot machen, unsere Wahlkampfzeitung zu verteilen.

**Aber wie kommen die Betroffenen an die Wahlzeitungen, wenn es keine Parteibüros in der Nähe gibt?**

Ganz einfach: Wer in einer Region wohnt, in der wir als Partei noch nicht flächendeckend verankert sind, bekommt die Zeitungen kostenlos zugeschickt. Zudem kann das Linksaktiv-Team auch freiwillige Helfer:innen an die örtlichen Wahlkampfleitungen vermitteln. So werden aus diesen ersten Kontakten oft schnell neue Mitglieder.



Das Verteilen von Wahlzeitungen ist eine Möglichkeit den Wahlkampf zu unterstützen

Auch Mitglieder der LINKEN können sich eintragen: [www.linksaktiv.de](http://www.linksaktiv.de)  
Linksaktiv im Wahlquartier:  
[linksaktiv@die-linke.de](mailto:linksaktiv@die-linke.de) oder  
Tel.: 030 24009 111

Auf Dich kommt es an, Genoss\*in: Werde Online-Wahlkämpfer\*in!

# Dem roten Internet entgegen

**W**as für unseren Straßen- und Haustürwahlkampf eine Selbstverständlichkeit ist, gilt auch in den Weiten der sozialen Medien: Nichts wirkt überzeugender als das persönliche Gespräch oder die persönliche Empfehlung. So soll das Persönliche auch bei unserem Social-Media-Wahlkampf zur Leitidee werden. Denn unsere besten Botschafter:innen in den sozialen Medien sind nicht die Facebook, Twitter- und Instagram-Kanäle der Partei, sondern das seid ihr, die Mitglieder und Unterstützer:innen der LINKEN und Eure Beiträge.

Zwar folgen uns auf den verschiedenen Online-Kanälen hunderttausende Menschen, aber unsere Posts gewinnen letztlich nur dann eine größere Wirkung

als Plakate oder Anzeigen, wenn sie durch eine persönliche Botschaft veredelt werden. Die Botschaft unserer Sharepics wirkt erheblich stärker, wenn sie von einem privaten Profil geteilt und mit einer persönlichen Aussage verbunden sind. Denn letztlich ist es bei politischer Werbung auch nicht anders als bei Produktwerbung: Die persönliche Empfehlung überzeugt.

---

»10 Minuten von 10 Prozent unserer Mitglieder entsprechen 1 000 Stunden Online-Wahlkampf.«

---

Diese Erkenntnis wollen wir auch im Wahlkampf in den sozialen Netzwerken für uns nutzbar machen. Aber damit dies gelingt, braucht es Dich. Denn Deine Aktivität, Dein Teilen unserer Posts in den sozialen Netzwerken macht aus der Botschaft der Partei erst die wirkliche persönliche Empfehlung für Deine Freund:innen, Bekannte und Verwandte. Und Deine Kommentare unter Beiträgen der örtlichen Tageszeitung oder Deine Posts in einer beruflichen Facebook-Gruppe haben eine hohe Glaubwürdigkeit. Dein Engagement in den sozialen Medien hilft deshalb erheblich, wenn wir in der Bundestagswahl ein Zeichen setzen wollen, dass dieses Land gerecht werden muss.

Die Bedeutung von Facebook, Twitter und Co. wird bei dieser Wahl vermutlich so groß, wie bei keiner vorhergehenden Wahl. Wir können dort nur mit den anderen Parteien mithalten, wenn wir alle aktiv sind. Das ist, wie beschrieben, nicht nur eine Frage der finanziellen Ressourcen. Es ist eben auch eine Frage der Glaubwürdigkeit, die Du als Mitglied aktiv in den sozialen Medien mit herstellen kannst. Mach Dir bewusst: Dein Engagement in den sozialen Medien wird von zentraler Bedeutung für unseren Wahlerfolg sein.

Wenige Minuten am Tag sind übrigens ausreichend für Deinen Beitrag zu einem erfolgreichen linken Online-Wahlkampf. Stelle Dir nur einmal vor: 10 Prozent unserer Mitglieder investieren 10 Minuten pro Tag in den Online-Wahlkampf. Wir hätten mit dieser geballten Kraft die Power von über 1 000 Stunden täglich. Eine Glaubwürdigkeitsressource, die unbezahlbar ist. Das Rechenbeispiel zeigt: Wenn viele Mitmachen, können wir mit überschaubarem Einsatz eine Menge erreichen und das blaue Facebook erröten lassen.

---

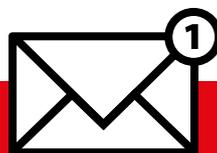
Registriere Dich jetzt für den Online-Wahlkampf in der LINKEN Einhornfabrik.  
[www.die-linke.de/einhornfabrik](http://www.die-linke.de/einhornfabrik)

---



Wenn Du mitmachen willst, abonniere die Social-Media-Kanäle der LINKEN:

-  [facebook.com/linkspartei](https://facebook.com/linkspartei)
-  [twitter.com/dielinke](https://twitter.com/dielinke)
-  [instagram.com/dielinke](https://instagram.com/dielinke)
-  [youtube.com/dielinke](https://youtube.com/dielinke)
-  [flickr.com/die\\_linke](https://flickr.com/die_linke)



Der Newsletter der LINKEN bietet Dir jeden Mittwoch die Themen der Woche, aktuelle Beschlüsse des Parteivorstands und interessante Termine und Veranstaltungen. Außerdem findest Du hier die besten Artikel aus unserem Online-Magazin »Links bewegt«.

[www.die-linke.de/newsletter](http://www.die-linke.de/newsletter)



Abonniere unseren Telegram-Kanal und erhalte so brandaktuelle News aus dem Karl-Liebknecht-Haus. Zudem gibt es hier regelmäßig Videos, interessante Beiträge und Links zu wichtigen Aktionen in Echtzeit.

<https://t.me/dielinke>



# Bezahlbare Miete statt fatter Rendite!

Berlin, Hamburg, München: In den Ballungsräumen explodieren die Mieten. Aber das Problem betrifft längst nicht nur Menschen in den Metropolen, auch Mieter:innen in Jena, Greifswald oder Marburg müssen immer tiefer in die Tasche greifen. Deswegen hat DIE LINKE im September 2018 ihre Mietenkampagne gestartet. Durch den Berliner Volksentscheid »Deutsche Wohnen und Co. enteignen« hat sich die Diskussion um Maßnahmen zum Kampf gegen steigende Mieten bundesweit rasant entwickelt. Das Verfassungsgericht hat auf Antrag von Union und FDP den Berliner Mietendeckel gekippt. Wir machen die Bundestagswahl zur Mietenwahl!

## Unsere Hauptforderungen sind:

- Runter mit den Mieten! Wir wollen einen bundesweiten Stopp für Mieterhöhungen (Mietendeckel) und Obergrenzen für die Mieten (Mietendeckel). Die Mietsteigerungen der vergangenen Jahre müssen zurückgenommen, die Modernisierungumlage muss abgeschafft werden.
- Vonovia & Co. enteignen! Konzerne, die nicht sanieren, die Mieten hochtreiben oder ihre Mieterinnen und Mieter schikanieren, müssen enteignet werden. Keine Spekulation mit Wohnraum an der Börse! Mit Wohnen darf kein Profit gemacht werden.
- Es fehlen mindestens fünf Millionen Sozialwohnungen. Wir fordern, dass jedes Jahr mindestens 250 000 Sozialwohnungen mehr geschaffen werden: Der Staat muss Wohnungen aufkaufen und neue bezahlbare, energieeffiziente Wohnungen bauen! Die Sozialbindung darf nicht auslaufen! Wir wollen ein öffentliches Wohnungsbauprogramm und gemeinnützige Wohnungswirtschaft fördern.

Mit der Kampagne stoßen wir Aktivitäten vor Ort, wie die Gründung von Bündnissen und Mieterinitiativen, an. Wir stärken (Selbst-)Organisation von Mieter:innen und die Zusammenarbeit mit der LINKEN.

Du willst mitmachen? Dann melde Dich unter:  
**[mietenkampagne@die-linke.de](mailto:mietenkampagne@die-linke.de)**  
**[www.miete-bezahlbar.de](http://www.miete-bezahlbar.de)**

# Menschen vor Profite: Pflegernotstand stoppen!

Seit Jahren sind die Arbeitsbedingungen in der Pflege katastrophal: Kaum Zeit für Zuwendung, mangelnde Hygiene, vermeidbare Unfälle. Überall wurden Stellen gestrichen, die verbliebenen Pflegekräfte arbeiten bis zur Erschöpfung. Mit der Pandemie verschärfte sich der Pflegernotstand nochmal: Schutzkleidung fehlte, viele Beschäftigte infizierten sich und sind ausgefallen. Bis zu einem Drittel wollen nach aktuellen Umfragen den Beruf verlassen. Statt sich in der Bundesregierung um den effektiven Kampf gegen den Pflegernotstand zu kümmern, bereicherten sich Abgeordnete von CDU und CSU mit Maskendeals. Für uns als LINKE ist klar: Nur gute Arbeitsbedingungen in der Pflege sichern unsere Gesundheit im Krankheitsfall.

## Wir fordern:

- Je 100 000 Pflegekräfte mehr in Krankenhäusern und in der Altenpflege! Wir brauchen einen gesetzlichen Personalschlüssel für alle Berufsgruppen, der nach wissenschaftlichen Standards ermittelt wird.
- 500 Euro mehr Grundgehalt in der Pflege! Jeden Monat – auch nach Corona. Arbeit in der Pflege ist wichtig, sie ist schwer, die Beschäftigten sind hoch qualifiziert. Pflege ist mehr wert und muss besser bezahlt werden. Das hilft auch gegen den Personalmangel: Mit gutem Gehalt und wirklicher Anerkennung werden mehr ausgebildete Pflegekräfte in den Beruf zurückkehren und mehr eine Ausbildung anfangen.
- Keine Profite mit der Pflege! Krankenhäuser und Pflegeheime, die Profite und Dividenden für Aktionäre abwerfen, arbeiten nicht zuerst für das Wohl der Menschen. Die Einrichtungen müssen nach Bedarf finanziert werden und mögliche Überschüsse im Betrieb bleiben. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen gehören in die öffentliche oder gemeinnützige Hand!

Viele LINKE Kreisverbände beteiligen sich an der Kampagne »Pflegernotstand stoppen!« und stehen seit Jahren an der Seite von Beschäftigten, Gewerkschaft und Bündnissen gegen Krankenhausschließungen und Privatisierungen. Wenn auch ihr vor Ort euch einbringen wollt und für gute Arbeit und gute Versorgung in der Gesundheit kämpfen wollt, meldet euch hier und unterzeichnet unseren Aufruf:  
**[www.pflegernotstand-stoppen.de](http://www.pflegernotstand-stoppen.de)**

Im Interview mit »Links bewegt« erklärt das Spitzen-Duo **Janine Wissler** und **Dietmar Bartsch**, mit welchen Themen es in den Wahlkampf ziehen und mit wem DIE LINKE garantiert nicht koalieren wird.

# Es geht um eine bessere Zukunft

**J**anine und Dietmar, ihr führt **DIE LINKE als Spitzen-Duo in den Wahlkampf. Wo seht ihr DIE LINKE am 27. September?**

**Dietmar:** Die Partei als Spitzenkandidat in den Wahlkampf führen zu dürfen, ist eine große Ehre. Eine Herausforderung und auch eine Freude. Unser gemeinsames Projekt heißt »Aufbruch«, um zweistellig in den Bundestag einzuziehen. Wir wollen stärker werden als vor vier Jahren. Das ist möglich, wenn wir gemeinsam und geschlossen in die Auseinandersetzungen gehen. Wir müssen uns vor niemandem verstecken.

**Janine:** Es geht um viel in diesem Wahljahr. Unser Ziel ist klar: Wir wollen einen grundlegenden Politikwechsel in diesem Land. Soziale Garantien und Löhne, die für ein gutes Leben reichen. Wir kämpfen dafür, dass nicht die Beschäftigten die Kosten der Pandemie zahlen, sondern Superreiche und Krisengewinner wie Amazon. Ich freue mich auf einen entschlossenen und kreativen Wahlkampf mit all unseren Mitgliedern und vielen neuen Aktiven. Gemeinsam können wir einiges bewegen.

**Habt ihr als Spitzenduo eine klare Aufgabenteilung? Sprecht ihr euch ab, wer welche Themen beackert?**

**Dietmar:** Wir sprechen viel miteinander und miteinander ab und sind uns vor allem im Ziel einig. Deshalb läuft das auch reibungslos: Wir wollen einen erfolgreichen und begeisternden Bundestagswahlkampf auf das Parkett legen. Die Partei motivieren und mitreißen und die Wählerinnen und Wähler begeistern. Eines ist doch klar: Je stärker DIE LINKE im September wird, desto gerechter das Land danach. Klar, wir werden auch mal unterschiedliche Akzente setzen. Das ist doch ein Vorteil eines Spitzenduos.

**Janine:** Klar, Absprachen sind wichtig. Ein guter Wahlkampf lebt von Teamgeist, Engagement und guten Ideen. Die haben wir als gesamte Partei. Unsere Aufgabe als Spitzen-Duo ist es, möglichst viele Menschen davon zu überzeugen und die Partei in ihrer Breite mitzunehmen.

**Der Wahlkampf läuft langsam an. In der Großen Koalition knirscht es gewaltig und die Grünen sind im Höhenflug. Wie kann sich DIE LINKE da Gehör verschaffen? Welche Themen werden im Wahlkampf entscheidend sein?**

**Janine:** Die Pandemie hat die Missstände noch deutlicher gezeigt. Uns geht es um Menschenwürde statt Pflegenotstand. Dafür brauchen wir ein Sofortprogramm für mehr Personal und bessere Bezahlung in der Pflege. Die Bundestagswahl wird zu einer Abstimmung über bezahlbare Mieten. Wir wollen einen bundesweiten Mietendeckel und Mietenstopp – das ist ein Akt der sozialen Notwehr. Und: Wir sind die einzige Partei, die für eine andere Wirtschaft kämpft, die gute Arbeit für alle und Klimaneutralität bis 2035 möglich macht. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen – und wer fürs Klima was bewegen will, muss den Mut haben, sich mit den Energiekonzernen anzulegen.

**Dietmar:** Die Große Koalition war von Anfang an eine Zwangsheirat. Entsprechend sind die Eheleute nie glücklich miteinander geworden. Corona hat das



Foto: Martin Heinen



schlechte Regieren der Koalition ein Stück weit überdeckt und auch gerettet. Ohne Corona wäre diese Koalition vermutlich lange vorher am Ende gewesen. Statt das Land gut durch die Krise zu führen, haben sich einige in der Union mit Millionen an der Krise bereichert: »FC Eigene Tasche«. Wir sind übrigens die einzige Partei, die mit denen nicht koalieren wird. Die müssen raus aus dem Kanzleramt und den Minister-sesseln. 16 Jahre Merkel lassen das Land gespalten zurück.

**Unser Wahlkampf steht unter dem Motto: »Gemeinsam machen wir das Land gerecht«. Was muss denn geschehen, damit es hier wieder gerecht zugeht?**

**Dietmar:** Corona hinterlässt eine Schneise der Verwüstung im Land – politisch, sozial und finanziell. Während der größten Krise des Landes sind die ganz oben um Milliarden reicher geworden und die Verkäuferin oder der Krankenpfleger haben kaum etwas erhalten außer müdem Applaus. Diese Politik muss enden! Drei Projekte sind für mich ganz zentral: Die Mehrheit im Land verdient zu wenig und zahlt zu viel. Deshalb sagen wir: Für diese Krise müssen die Milliardäre und Multimillionäre zahlen. Mit einer einmaligen Vermögensabgabe, die nur ganz, ganz oben zulangt. Außerdem brauchen wir einen Marshall-Plan für Investitionen in die Infrastruktur, den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge. Schulen, Kliniken – wir müssen raus aus dem Ver-

schleiß und rein in die Weltspitze. Und wir brauchen Sozialkassen, in die alle einzahlen. Nicht nur Arbeiter:innen und Angestellte.

**Janine:** Harte Arbeit – ob auf dem Bau oder im Supermarkt, in der Kita oder im Krankenhaus – muss besser bezahlt werden! Wir setzen uns für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit – und eine Aufwertung der Arbeit in den sozialen Berufen ein. Die Rente muss den Lebensstandard sichern und endlich auch Frauen und Menschen mit niedrigen Löhnen vor Altersarmut schützen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Zugang zu guter Bildung nicht davon abhängt, in welche Familie ein Kind geboren wird. Corona hat zu eineinhalb verlorenen Jahren für Millionen junge Menschen geführt. Das wollen wir ändern. Wir treten ein für einen Zukunftspakt für die Jugend und gute Bildung, der allen jungen Menschen in diesem Land echte Perspektiven ermöglicht – mit einer Ausbildungsplatzgarantie und bezahlbaren Wohnungen, mehr Geld für Bildung und kostenfreie Kita-Plätze, sinnvolle wie klimafreundliche Arbeitsplätze mit Zukunft.

**Sind Grüne und SPD die richtigen Partner, um dieses Land gerechter zu machen? CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt warnt ja bereits: »Wer Baerbock will, bekommt Dietmar Bartsch«...**

**Dietmar:** Klingt nicht nach einer Warnung, sondern als wolle Maut-

Dobrindt die Wählerinnen und Wähler motivieren (lacht). Nein, im Ernst: Die CSU, die Hunderte Millionen bei der Maut versenkt und sich mit Masken die eigenen Taschen vollgemacht hat, sollte gar nicht anfangen, an roten Socken zu stricken. Das ist ewiggestrig. Aber es zeigt, warum diese Trümmertruppe raus aus der Regierung muss.

**Janine:** Ja, da will wohl jemand von der organisierten Korruption in der Union ablenken.

**Wo seht ihr Gemeinsamkeiten? Welche Probleme könnte man gemeinsam mit den Grünen und der SPD angehen?**

**Dietmar:** Wir sind die Anwältin der wahren Leistungsträger:innen im Land. Derjenigen, die das Land während der Krise am Laufen hielten. Wir wollen unsere Stärke im Deutschen Bundestag nutzen, um die Interessen der Arbeitenden, seien es nun lohnabhängig Beschäftigte, Angestellte, Landwirte oder Gewerbetreibende, um Arbeitslose, Studierende und Auszubildende parlamentarisch zu vertreten und deren Lage zu verbessern. Soziale Sicherheit, höhere Löhne, niedrigere Steuern für kleine und mittlere Einkommen. Kinderarmut den konsequenten Kampf ansagen und Waffenexporte verhindern. Unser Ziel ist ein zweistelliges Wahlergebnis. Den Rest bitte am Wahlabend. Jede und jeder weiß aber, wir sind bereit Regierungsverantwortung zu übernehmen.

**Janine:** Es geht um eine bessere Zukunft und um ein besseres Leben im Hier und Jetzt. Kein Warten mehr und kein Vertrösten. Wir wollen einen grundlegenden Politikwechsel, nicht nur einen Regierungswechsel. Für uns stehen die Inhalte im Vordergrund: soziale Absicherung für alle, Menschenwürde in der Pflege und bezahlbares Wohnen, entschlossenen und gerechten Klimaschutz. Das ist in einer Regierung mit der Union oder FDP nicht zu machen. Hoffnung auf soziale Veränderungen braucht Bewegung – und Menschen, die bereit sind, sich für eine bessere Zukunft zu engagieren. Wir stehen an der Seite der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen wie Black Lives Matter, Fridays for Future oder der Seebrücke. Vor und nach der Wahl.

Für soziale Sicherheit,  
Frieden und Klima-  
gerechtigkeit!

# Zeit zu handeln.

**B**ei der Bundestagswahl 2021 geht es um viel: Auf wessen Rücken werden die Kosten der Corona-Krise abgewälzt? Schaffen wir einen sozial-ökologischen Umbau, der das Klima rettet und sozial gerecht ist, der das Leben für alle besser macht? Die LINKEN Antworten auf Corona und Klimakrise, auf den Umbau der Arbeitswelt und den Notstand in Pflege, Gesundheit, Bildung und Erziehung hängen zusammen: Die grundlegenden Dinge des Lebens können nicht über den Markt geregelt werden. Krankenhäuser, sozialer Wohnungsbau, Bildung und Erziehung, Pflege und öffentlicher Verkehr holen wir zurück ins Öffentliche und in die Kommunen. Wir

statten die Kommunen so aus, dass sie das leisten können. Denn: Was für alle da ist, muss allen gehören. Wir wollen Arbeitsplätze schaffen, in denen die Menschen nicht am Limit der Belastung und von Monat zu Monat leben. Wir wollen, dass Arbeit gut organisiert und bezahlt wird.

Mit der LINKEN wird diese Wahl ein Aufbruch. Zusammen mit den vielen Menschen, die in den vergangenen Monaten gesehen haben, was sie alles erreichen können, sagen wir: Das geht besser. Wir können eine Gesellschaft schaffen, in der Leistung nicht nur belächelt, sondern anerkannt und besser

bezahlt wird. In der die Voraussetzungen für eine planbare Zukunft, für eine soziale Geborgenheit gelegt werden. Ein krisenfestes Gesundheitssystem und menschenwürdige Pflege sind machbar. Klimaschutz mit sicheren Arbeitsplätzen und guten Löhnen zu verbinden ist machbar. Aber nicht mit dieser Regierung. Nicht, ohne sich mit Reichen und Konzernen anzulegen. Nicht, ohne dass wir gemeinsam aufbrechen, um die Welt zu verändern. Unser Aufbruch ist der Aufbruch der Vielen und der Aufbruch für eine Gesellschaft der Vielen.

## 1. Schluss mit der 2-Klassen-Medizin:

Wir streiten für eine solidarische Gesundheits- und Pflegevollversicherung: Alle werden in diese Versicherungen einbezogen und zahlen auf alle Einkommen anteilig. Zuzahlungen und Eigenanteile entfallen, die Beitragssätze sinken auf unter 12 Prozent. Wer weniger als 6.300 Euro brutto verdient, zahlt weniger Beiträge. Krankenhaus- und Pflegekonzerne müssen gemeinnützig wirtschaften und dürfen keine Profite machen. Wir wollen sie zurück in die öffentliche (oder gemeinnützige) Hand bringen. Statt nach Fallpauschalen werden sie nach Bedarf finanziert.

**Pflegenotstand stoppen:** Wir legen ein Sofortprogramm gegen den Personal-mangel auf: Wir wollen Hilfsmittel des Bundes für Gehaltszulagen von 500 Euro



Foto: Martin Hienhen



im Monat für öffentliche und gemeinnützige Einrichtungen. Wir streiten für eine gesetzliche Personalbemessung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, die den tatsächlichen Bedarf absichert. Wir wollen allgemeinverbindliche Tarifverträge mit guten Löhnen. Nur Pflegeeinrichtungen, die nach Tarif bezahlen, können Aufgaben der Pflegeversicherung übernehmen. Sorge ist keine Frage des Marktes, sondern der Menschlichkeit!

## **2. Wir wollen Wohnen bezahlbar machen und die Verdrängung in Städten stoppen:**

Wir legen bundesweit in angespannten Wohnlagen harte Obergrenzen für die Mieten fest (Mietendeckel). Der soziale Wohnungsbau muss ausgeweitet werden (jährlich 250 000 zusätzliche Wohnungen mit dauerhafter Sozialbindung), auch indem Wohnungen in öffentliches Eigentum (zurück-)überführt werden. Immobilienkonzerne wollen wir die Börsenzulassung entziehen.

## **3. Reichtum muss allen zugutekommen:**

Wir wollen hohe Vermögen und Erbschaften stärker besteuern, um den Investitionsstau in Bildung, Gesundheit, sozialen Wohnungsbau, Digitalisierung und gerechte Verkehrswende zu beseitigen und gute, klimaneutrale Arbeitsplätze zu schaffen. Hohe Einkommen und Einkommen aus Aktiengeschäften belasten wir stärker, kleine und mittlere Einkommen entlasten wir. Auf Einkom-

men unter 14.400 Euro im Jahr erheben wir keine Steuern.

Wir wollen eine Vermögensabgabe einführen, um die Kosten der Corona-Krise zu finanzieren. Kein Sozialabbau, keine Leistungskürzungen: Die Schuldenbremse muss aufgehoben werden. Langfristige Investitionen müssen auch langfristig über Kredit finanziert werden können.

## **4. Wir wollen den Niedriglohnsektor abschaffen:**

Mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 13 Euro (darunter droht Altersarmut). Tarifverträge sollen auf Antrag der Gewerkschaften für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Prekäre Beschäftigungsformen wie sachgrundlose Befristung, Leiharbeit, Minijobs etc. wollen wir abschaffen und in gute, unbefristete, sozialversicherte Beschäftigung überführen.

## **5. Klimagerechtigkeit konkret:**

Wir streiten für einen Ausbau von Bus und Bahn und wollen in schnellen Schritten flächendeckend den ÖPNV kostenfrei machen. Die Kommunen unterstützen wir dafür mit Bundesmitteln. Wir wollen eine Energiewende, dezentral und sozial gerecht: Bürgerenergie in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand. DIE LINKE ist den Pariser Klimazielen verpflichtet und will bis 2035 Kommunen, Wirtschaft und Gesellschaft klimaneutral gestalten. Für die Beschäftigten in

den Sektoren im Übergang wollen wir Einkommens- und Jobgarantien, Arbeitszeitverkürzung und Weiterbildungsprogramme. Wir bauen Arbeitsplätze auf: in Schiene und Fahrzeugbau, erneuerbaren Energien und in Pflege, Erziehung, Bildung und Verwaltung.

## **6. Wir setzen uns für ein Mindesteinkommen von 1.200 Euro ein:**

Niemand darf in Rente, Grundsicherung oder Kurzarbeit weniger haben. Wir wollen Hartz IV durch eine Mindestsicherung ersetzen, die nicht gekürzt werden kann (»sanktionsfrei«).

## **7. Wirksam gegen Altersarmut, den Lebensstandard sichern:**

Jede:r soll spätestens ab 65 bzw. 40 Versicherungsjahren in Rente gehen können. Das Rentenniveau heben wir wieder auf 53 Prozent. Die Rentenversicherung wollen wir so umbauen, so dass auch Beamte, Politiker:innen und Selbständige einzahlen und versichert sind. Die Renten im Osten müssen sofort an die im Westen angeglichen werden. Niedrige Renten werden auf 1.200 Euro aufgestockt.

## **8. Wir setzen uns für ein Verbot von Waffenexporten ein.**

Die Aufrüstung der Bundeswehr wollen wir zurücknehmen und jährliche (auch weltweite) Abrüstungsziele festlegen. Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr!

## **9. Unbestechlichkeit der Demokratie:**

Wir wollen ein scharfes Lobbyregister. Unternehmensspenden an Parteien wollen wir verbieten, die Höhe von Privatpenden begrenzen. Abgeordnete dürfen keine Spenden annehmen und müssen alle Nebenverdienste detailliert veröffentlichen.

## **10. Solidarität ist #unteilbar. Jedes**

**Leben zählt:** Wir lassen niemanden zurück, wir lassen niemanden ertrinken. Wir wollen ein öffentliches Programm für Seenotrettung. Wir streiten für eine Gesellschaft, die frei ist von Ausgrenzung und Ausbeutung, die jede:n mitnimmt und Teilhabe für alle garantiert. Dafür brauchen wir gleiche Rechte für alle, die hier leben. Und einen funktionierenden Sozialstaat mit guten öffentlichen Dienstleistungen.

Wer ein gerechtes Land will, muss sich mit den Reichen anlegen.

# Die Reichen zur Kasse

**S**teuern sind nicht populär. Kein Wunder: Das Thema scheint trocken und langweilig dazu. Dieser Eindruck ist verständlich – aber falsch. Mehr noch: Die verbreitete Vorstellung, dass Steuerpolitik ein langweiliges Thema sei, ist selbst das Ergebnis einer jahrelangen Strategie. Der Strategie von Lobbygruppen, die mit dem Schweigen über die Verteilung des Reichtums hierzulande nur viel zu gut leben können.

Die Wahrheit ist: Deutschlands Superreiche profitieren seit Jahrzehnten von dem öffentlichen Desinteresse an einer gerechten Steuerpolitik. Das Ergebnis ist so ungerecht wie skandalös. Der Abstand zwischen Arm und Reich ist in den letzten Jahren förmlich explodiert. Noch nie waren Einkommen und Vermögen so ungleich verteilt. Immer größere Vermögen haben sich in immer weniger Händen konzentriert: Allein die 45 reichsten Haushalte besitzen so viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammengenommen. Das reichste Prozent der Bevölkerung vereint rund 32 Prozent des Vermögens auf sich, also mehr als ein Drittel. Und die reichsten 10 Prozent besitzen mehr als zwei Drittel des gesamten Vermögens. Das ist mit »Leistung« schon lange nicht mehr zu erklären. Im Gegenteil: Es

ist faktisch eine Enteignung der arbeitenden Mehrheit. Nur deswegen erklären die Reichen jedes Reden über ihren Reichtum zu »Neiddebatten«.

Das ist kein Thema neben anderen. Eine Veränderung der Steuerpolitik ist die Bedingung für (fast) alles weitere. Nicht nur um die Ungleichheit zu bekämpfen, sondern um die Demokratie selbst wieder handlungsfähig zu machen. Ohne das Querschnittsthema der Umverteilung anzugehen, ist in keinem Politikfeld eine fortschrittliche Entwicklung zu machen. Denn dem privaten Reichtum steht eine verarmte öffentliche Infrastruktur gegenüber: Bibliotheken und Schwimmbäder schließen, Personal in den Krankenhäusern wird gekürzt, um notwendige Reparaturen finanzieren zu können. Auch bezahlbare Mieten oder ein effektiver Klimaschutz wird es ohne öffentliche Investitionen in erneuerbare Energien oder die finanzielle Entwaffnung der Konzerne nicht geben.

Aber die gute Nachricht ist: Dass Ungleichheit immer mehr zunimmt, ist kein Naturgesetz. Das ist Ergebnis politischer Entscheidungen – Entscheidungen, die wir ändern können. Das wäre nicht mal besonders radikal. Nur ein Beispiel: Hohe Einkommen werden heute weniger besteuert als noch in den 1990er Jahren unter Kohl. Jahrzehntlang ist

in Deutschland eine Vermögensteuer erhoben worden – bis 1997. Die Behauptung der Neoliberalen war: Je weniger Steuern für Vermögen und Konzerne, desto besser für »die Wirtschaft« und am Ende auch für die Mehrheit der Menschen. In der Realität war das Gegenteil der Fall: Auf der einen Seite immer mehr Reichtum bei wenigen Superreichen und auf der Suche nach lukrativen Anlageobjekten. Auf der anderen Seite eine kaputt gesparte öffentliche Infrastruktur und sinkende Löhne für den ganzen Rest.

Wie können wir das ändern? Die Vorschläge liegen längst auf dem Tisch. Es braucht deutlich mehr Steuererechtigkeit, das heißt eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, eine effektive Besteuerung von großen Erbschaften und Digitalkonzernen und eine wirksame Vermögenssteuer. Die Auswirkungen davon sind für jeden Einzelnen leicht zu erklären. Die Einnahmen der Vermögensteuer gehen an die Länder. Sie können damit dringend notwendigen Investitionen finanzieren: Krankenhäuser gut ausstatten, marode Schulen modernisieren und den sozialen Wohnungsbau stärken. Die LINKE Einkommenssteuerreform würde bedeuten: Wer (als Single, Steuerklasse I) weniger als 6.500 Euro im Monat brutto hat, zahlt dann weniger Steuern. Wer mehr hat, gibt mehr ab. Ist doch nicht zu viel verlangt.

## Wer für die Krise zahlen sollte:

Unternehmen / Besitzer(familie)	Vermögen in Euro	Anstieg während der Pandemie
 Beate Heister, Karl Albrecht jr.	30,7 Mrd.	<b>+4,3 Mrd.</b>
 Dieter Schwarz	30,3 Mrd.	<b>+11,1 Mrd.</b>
 Susanne Klatten	20,6 Mrd.	<b>+2,7 Mrd.</b>
 Theo Albrecht jr.	18,1 Mrd.	<b>+3,3 Mrd.</b>
 Reinhold Würth	19,9 Mrd.	<b>+7,4 Mrd.</b>
 Dietmar Hopp	15,7 Mrd.	<b>+4,3 Mrd.</b>
 Hasso Plattner	15,0 Mrd.	<b>+3,5 Mrd.</b>



Foto: Freund Stock - shutterstock

# Gute Arbeit, gutes Leben

**E**rwerbsarbeit bedeutet für immer mehr Menschen Stress oder Angst, nicht über die Runden zu kommen. In der Pandemie haben viele ihren Job verloren oder bekommen Kurzarbeitergeld, das nicht zum Leben reicht. Zudem fallen beim notwendigen Umbau der Industrie viele Arbeitsplätze weg. Doch wo nutzen die Unternehmen den Umbau, um ihre Interessen durchzudrücken? Viele stecken im Hamsterrad und leisten Überstunden, die anderen sind gezwungen in unfreiwilliger Teilzeit oder zu Niedriglöhnen zu arbeiten. Gemeinsam ist allen, dass sie zum großen »Rest« des Lebens nicht mehr kommen – entwe-

der weil es an Zeit mangelt oder am Geld. DIE LINKE tritt an, um das zu ändern!

Wir wollen Löhne, die für ein gutes und sorgenfreies Leben reichen! Wir schaffen den Niedriglohnsektor ab und stärken Tarifverträge. Wir setzen den Mindestlohn auf 13 Euro fest – darunter droht (Alters-) Armut! Für Teilzeitjobs schaffen wir einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl von 22 Stunden pro Woche und auf Aufstockung in Vollzeit. Arbeitsverträge müssen in der Regel unbefristet sein, Befristungen ohne sachliche Gründe werden wir verbieten. Wir wollen Leiharbeit verbieten und das Lohndumping durch Werkverträge beenden.

Wir wollen die Tarifbindung wieder erhöhen. Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die Tarifverträge einhalten. Wir wollen Arbeitszeiten, die zum Leben passen! Wir wollen kürzere Arbeitszeiten von um die 30 Stunden pro Woche mit vollem Lohnausgleich (»kurze Vollzeit« für alle). Die Mehrheit der Bevölkerung findet das gut! Die gesetzliche Höchstarbeitszeit wollen wir auf maximal 40 Stunden pro Woche begrenzen.

Wir wollen mehr Demokratie im Betrieb. Dafür erweitern wir die Mitbestimmungs-

rechte der Betriebs- und Personalräte. In Fragen der Personalbemessung, der Investitionen, der Produktion und der Prävention von Stress sollten die Beschäftigten mitbestimmen.

Wir wollen ein Vetorecht der Beschäftigten bei Standortschließungen. Die Belegschaften müssen bei Entscheidungen über Standortverlagerungen, -schließungen und -auslagerungen und bei Massentlassungen mitbestimmen.

Mit einer Investitionsoffensive und der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung schaffen wir sichere und sinnvolle Arbeit für alle und mehr Zeitwohlstand. Dadurch können wir im Laufe von 10 Jahren über 2 Millionen neue, gut bezahlte Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen. Beschäftigte, die den Beruf und die Branche wechseln, müssen sich weiterqualifizieren können, ohne ihr Einkommen zu gefährden.

Wir wollen einen Rettungsschirm für Industriearbeitsplätze. Mit einem staatlichen Transformationsfonds über 20 Milliarden Euro pro Jahr soll der notwen-

---

»Viele stecken im Hamsterrad und leisten Überstunden, die anderen sind gezwungen, in unfreiwilliger Teilzeit oder zu Niedriglöhnen zu arbeiten.«

---

dige ökologische Umbau in der Industrie, insbesondere in der Autozuliefererindustrie, unterstützt werden.

Wir fordern ein garantiertes Mindesteinkommen von 1.200 Euro: Ob Arbeitslosengeld, sanktionsfreie Mindestsicherung oder Rente – niemand darf unter 1.200 Euro fallen. Ältere Menschen haben das Recht, am öffentlichen Leben teilzuhaben und sich auf in Leben in Würde bis zum Ende verlassen zu können.

Für einen sozial-ökologischen Systemwechsel

# Klimagerechtigkeit jetzt!

**D**ie Auswirkungen des Klimawandels spüren wir bereits deutlich: extreme Wetterereignisse, schmelzende Gletscher, steigende Meeresspiegel, immer mehr Waldbrände, Artensterben. Das bedroht unser aller Lebensgrundlage. Mit voller Kraft müssen wir deshalb versuchen, das Pariser 1,5-Grad-Ziel einzuhalten. Um jedes Zehntel Grad weniger Erderwärmung kämpfen wir. Das ist nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Notwendigkeit. Denn der Klimawandel bedroht Menschen, die sozial schlechter gestellt sind, am stärksten. Das gilt sowohl in Deutschland als auch weltweit.

## System change not climate change

DIE LINKE ist Teil der Klimabewegung – im Parlament und auf der Straße. Unser Ziel: Ein grundlegender sozial-ökologischer Systemwechsel. Nicht den Kapitalismus und seine Verwertungslogik retten wir, sondern das Klima. Zweidrittel der weltweiten CO<sub>2</sub>-Belastung wird von nur 100 Großkonzernen verursacht. Für konsequenten Klimaschutz bitten wir deshalb nicht die einfachen Leute zur Kasse, etwa durch höhere Mieten, steigende Strompreise oder Arbeitsplatzverlust. Im Gegenteil! Wir sind als einzige bereit, uns mit den Profitinteressen der fossilen Konzerne anzulegen und sorgen für faire Übergänge für alle in eine klimagerechte Zukunft.

## Den Umbau nicht dem Markt überlassen. Klare Ziele festlegen.

Die Regierung tut für wirksamen Klimaschutz bisher wenig bis nichts. Die Wirtschaft lässt sich ihre (viel zu geringen) Investitionen in Klimaschutz mit Steuermitteln bezahlen, während die Konzerne



weiter überhöhte Dividenden an ihre Aktionär:innen ausschütten. DIE LINKE überlässt Klimaschutz nicht dem Markt. Statt der Wirtschaft lediglich Anreize zu setzen, zum Beispiel durch Subventionen oder Steuervorteile, brauchen wir klare Vorgaben und Ziele:

- Wir bauen den Öffentlichen Nahverkehr massiv aus und machen ihn kostenlos. Innerhalb von fünf Jahren kann das gelingen. Im ländlichen Raum muss es eine Mobilitätsgarantie für öffentliche Verkehrsmittel geben. Wir schaffen gute Industriearbeitsplätze in Schiene und Fahrzeugbau.

- Die Bahn wieder bezahlbar machen. Kurzstreckenflüge und Güterverkehr auf die Schiene verlagern. Keine neuen Autobahnen mehr bauen.

- Investitionen in die erneuerbare Energiewende vervielfachen. Kommunen an Windkraft und Solar-Anlagen beteiligen. Die großen Energiekonzerne und Strom-

und Wärmenetze überführen wir in die öffentliche Hand.

- Kohleausstieg bis spätestens 2030. Kein Umbau über die Köpfe der Beschäftigten hinweg und gerechte Übergänge schaffen: Wir wollen Transformationsräte in vom Strukturwandel in Kohle- und Autoindustrie betroffenen Regionen, Job- und Einkommensgarantien für alle Beschäftigten und ein Weiterqualifizierungsgeld, das 90 Prozent des letzten Gehaltes deckt.

- Atomausstieg sofort. Unverzügliche Abschaltung aller noch laufenden Meiler. Die Kosten für den Rückbau der Anlagen tragen die Konzerne.

- Ökologische Modernisierung (fast) aller Gebäude ohne Mehrkosten für Mieter:innen.

- Konsequenter Umstieg auf ökologische Landwirtschaft.

- Wir belasten große Vermögen und Erbschaften und investieren die Einnahmen in klimaneutrale Arbeitsplätze, den Aufbau von Bildung, Erziehung und Gesundheit. Klimaschädliche Subventionen sparen wir ein: Industrierabatte bei Ökosteuer und Netzentgelten sowie Milliarden-Subventionen für Diesel und Kerosin.

- Bis 2035 wollen wir weitgehend klimaneutral wirtschaften.

## Klimagerechtigkeit als Generationenaufgabe. Wir lassen niemanden zurück!

Der soziale und ökologische Systemwechsel in den nächsten Jahrzehnten ist eine enorme gesellschaftliche Kraftanstrengung. DIE LINKE steht dabei für eine radikale Klimapolitik, gleichzeitig nehmen wir alle mit. Niemand, der oder die es jetzt schon schwer hat, darf durch Klimaschutz weiter benachteiligt werden. Dieser Grundsatz stärkt auch die Akzeptanz des Klimaschutzes insgesamt. Für Industriearbeitsplätze spannen wir einen Rettungsschirm auf. Die Einkommen der Beschäftigten und ihre Weiterbildung sichern wir mit einem Transformationsfonds vollständig ab.

Packen wir die Kraftanstrengung gemeinsam und solidarisch an! Schützen wir nicht nur das Klima, sondern verbessern wir gleichzeitig die Lebensqualität aller und machen die Gesellschaft gerechter – hier bei uns und global.

Mit einem garantierten Mindesteinkommen von 1.200 Euro in allen Lebenslagen

# Soziale Garantien für eine Gesellschaft ohne Angst



**S**oziale Sicherheit gibt uns den Rückhalt, den wir für ein gutes Leben brauchen. Deshalb wollen wir die sozialen Sicherungssysteme ausbauen, für gute Arbeitsbedingungen und hohe Löhne sorgen und die gesetzliche Rente zu einer wirklichen Absicherung im Alter machen. Nur wenn wir uns nicht blinden Marktkräften ausgeliefert fühlen und niemand Angst haben muss zurückzufallen, sind wir als Gesellschaft wirklich frei.

## Wir lassen niemanden zurück!

Wir streiten dafür, dass niemand – egal ob in Erwerbslosigkeit, Kurzarbeit oder Rente, ob als Soloselbständige oder als Studierender – unter 1.200 Euro fällt. Das ist unsere Grenze für ein gerechtes Mindesteinkommen. Damit garantieren wir einen guten Lebensstandard für alle in allen Lebensphasen und Lebenssitua-

tionen – auch in der Rente. Wir wollen eine Versicherung gegen Erwerbslosigkeit, die auch Soloselbständige absichert. Die Zeit für Hartz IV ist abgelaufen. Wir führen eine Mindestsicherung ein, die sanktionsfrei ist, also nicht gekürzt werden kann.

## Bessere Rente für ein gutes Leben

**auch im Alter:** Wir treten für eine gesetzliche Rente ein, die den Lebensstandard wieder sichert und vor Altersarmut schützt. Deshalb heben wir das Rentenniveau sofort auf 53 Prozent an. Die Rente erst ab 67 nehmen wir zurück. Die Renten von Menschen, die zu niedrigen Löhnen arbeiten, werten wir auf. Das ist unser Solidarausgleich für Niedriglohn, der tatsächlich wirkt – anders als die von der Großen Koalition beschlossene sogenannte Grundrente, die viel zu kurz greift. Und unser Kernprojekt für ein

gerechtes und stabiles Rentensystem: Wir erweitern die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Solidarischen Erwerbstätigenversicherung auch für bislang nicht versicherte Selbstständige, Freiberufler:innen, Beamt:innen, Manager:innen und Politiker:innen. Wir wollen, dass alle Erwerbstätigen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung zahlen. Als soziale Garantie führen wir eine Solidarische Mindestrente von 1.200 Euro für all jene ein, die trotz der Reformmaßnahmen ein zu niedriges Alterseinkommen haben, um davon leben zu können.

## Besserer Schutz bei Erwerbslosigkeit:

Junge Menschen erhalten schneller einen Anspruch auf Arbeitslosengeld und langjährig Beschäftigte werden davor bewahrt, nach kurzer Zeit in das Hartz-IV-System wechseln zu müssen. Sperrzeiten und Sanktionen schaffen wir ab. Das Arbeitslosengeld erhöhen wir auf einheitlich 68 Prozent. Statt Hartz IV führen wir ein Arbeitslosengeld Plus (58 Prozent) ein. Das Kurzarbeitergeld erhöhen wir auf 90 Prozent des Nettoentgelts. Für Geringverdienende gibt es ein Mindestkurzarbeitergeld von 1.200 Euro.

## Besserer Schutz gegen Armut:

Wir ersetzen Hartz IV durch eine bedarfsgerechte und sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von 1.200 Euro. Sie gilt für Erwerbslose, Erwerbstätige, Langzeiterwerbslose und Erwerbsunfähige ohne hinreichendes Einkommen oder Vermögen. Als Sofortmaßnahme bis zur Einführung unserer Mindestsicherung erhöhen wir die derzeitigen Grundsicherungsleistungen auf 658 Euro plus tatsächliche Wohn- und Stromkosten.

## Besserer Schutz gegen Kinderarmut:

Wir wollen eine eigenständige Kindergrundsicherung, die leicht verständlich, transparent und gerecht ist. Die Höhe fällt abgestuft aus. Beginnend bei 630 Euro für die ärmsten Kinder wird sie je nach Einkommenssituation auf mindestens 328 Euro abgeschmolzen. Das entspricht dem Kindergeld, das wir für alle Kinder als Sofortmaßnahme erhöhen wollen. Es wird einkommensunabhängig an alle Familien monatlich gezahlt.



Die EU befindet sich am Scheideweg: Es braucht mutige Investitionen in die Zukunft.

# Die EU muss umsteuern

**A**uch im Jahr 2020 hatten 80 Millionen Europäer:innen Schwierigkeiten, ihre Miete oder den Strom zu zahlen. Die Nachfrage nach Lebensmittelhilfen stieg in Frankreich um 30 Prozent. Die Armutsquote in der Bundesrepublik betrug 15,9 Prozent, der höchste Stand seit über 30 Jahren. Die Corona-Pandemie hat die soziale Spaltung verschärft. Die EU befindet sich am Scheideweg: Es braucht mutige Investitionen in die Zukunft, den digitalen Wandel, den Klimaschutz, die öffentliche Daseinsvorsorge und um die soziale Spaltung in der Gesellschaft zu bekämpfen.

Ein Rettungspaket in Höhe von 750 Milliarden Euro wurde auf EU-Ebene beschlossen. Zum Vergleich: die neue US-Administration unter Joe Biden hat für die kommenden acht Jahre massive Konjunkturpakete und eine Investitions-offensive von bis zu 6 Billionen Dollar angekündigt. Das EU-Rettungspaketchen ist viel zu niedrig. Zudem wurde bis heute kein einziger Cent davon ausgezahlt, da die Zustimmung einiger nationaler Parlamente noch aussteht.

Unklarheit herrscht unter den Regierungen auch bei der Frage, wer für die Kosten aufkommt. Die Vorschläge der The Left im Europäischen Parlament hingegen sind durchgerechnet und gerecht: Wir wollen, dass digitale und multinationale Konzerne endlich ihren gerechten Anteil an den Kosten tragen. Durch die Einführung einer Digital- und einer Übergewinnsteuer, die garantiert, dass kein Konzern aus der Krise Profit ziehen kann. Superreiche sollen einmalig ein Teil ihrer Gewinne zum Wiederaufbau leisten. Jährlich werden weltweit über eine Billion Euro in Steuerhäfen gebunkert. Dadurch gehen den öffentlichen Kassen effektiv über 200 Milliarden Euro verloren. Deswegen fordern wir eine globale Mindestbesteuerung von Unternehmen in Höhe von 25 Prozent. Steuerschlupflöcher müssen ein für alle Mal geschlossen werden. Eine richtige Finanztransaktionssteuer

der LINKEN, die alle Finanztransaktionen umfasst, würde zudem jährlich über 40 Milliarden Euro in die Kassen der europäischen Staaten spülen. Die Frage ist nicht, ob genug Geld für einen sozialen, digitalen und ökologischen Umbau vorhanden ist. Die Frage ist, ob er politisch gewollt ist.

Gesellschaften befinden sich immer im Wandel. Die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich, soziale Bewegungen und Hatespeech im Netz, Menschen, die Steuern zahlen und Megakonzerne, die sich mit dem Handel persönlicher Daten unvorstellbaren Reichtum und Macht aneignen, aber nahezu keine Steuern zahlen, all dies bahnt ihm den Weg. Wie die zukünftige Gesellschaft aussehen wird, ist politisch umkämpft. Wie der Weg künftig im Digitalen aussehen soll, wird gerade in der EU verhandelt:

Ich setze mich für DIE LINKE im Ausschuss dafür ein, dass Big-Tech-Unternehmen wie Facebook oder Google zerschlagen werden können, da sie eine Macht besitzen, die in real life vom Kartellamt längst verboten worden wäre. Wir unterstützen Plattformarbeitende in ihrem Kampf für mehr Selbstbestimmung und gerechte Löhne wie auch Journalist:innen, Autoren und Künstler:innen in ihrem Streit um gerechte Entlohnung. Wir streiten für ein Internet, in dem jede Userin ihre Meinung frei äußern darf, Hatespeech und Drohungen keinen Raum haben; das aber nicht von einem Anbieter, sondern transparent und demokratisch reguliert wird. Wir wollen, dass künftig nicht mehr jeder mindestens drei Messenger auf seinem Handy hat, sondern alle von ihrem Lieblingsmessenger auf den Lieblingsmessenger der anderen Nachrichten schicken kann.

Die EU benötigt ein Umdenken und soziale, ökologische und digitale Visionen von links.

## Martin Schirdewan

ist Ko-Vorsitzender der Fraktion The Left GUE/NGL im Europäischen Parlament und Mitglied im Parteivorstand der LINKEN.

Im Interview mit »Links bewegt«, erklärt **Sophie Dieckmann**, Leiterin des Bereichs Politische Bildung in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN, was hinter dem »Super Tuesday« steckt.

# Der Super Tuesday

**D**er Bereich Politische Bildung organisiert seit einigen Monaten sogenannte Super Tuesdays. Wenn ich das richtig verstanden habe, sind das Online-Workshops rund um den Wahlkampf?

Ja, die Idee ist, den Genossinnen und Genossen im Superwahljahr viele unterschiedliche Workshops rund um den Wahlkampf anzubieten. Hier können sie praktische Tricks und Kniffe lernen. Etwa wie man einen coolen Haustürwahlkampf oder Wahlkampf im ländlichen Raum macht, wie man mit sozialen Medien umgeht oder am Infostand gut argumentiert. Wir zeigen auch, wie ihr Genossinnen und Genossen vor Ort in den Wahlkampf einbinden könnt oder politische Botschaften auf den Punkt bringt. Die Palette ist breit.

**Wie laufen die Kurse ab? Sind das einfach Online-Vorträge?**

Unser Anspruch ist, dass die Leute immer auch selbst was machen. Also etwas Theorie und viel Praxis. Oft läuft das so ab: Anfangs gibt es eine kleine Präsentation zum Thema, zum Beispiel aktivierende Ansprache. Dann wenden wir das Präsentierte in Übungen an, z. B. wie man ansprechende und mobilisierende E-Mails an Genossinnen und Genossen verfasst. Also wie schreibt man eine E-Mail so, dass die Leute wirklich Lust

bekommen, da mitzumachen? Bei den Praxisübungen teilen wir die Leute oft in Kleingruppen auf, in denen sie gemeinsam arbeiten konnten. Auch das geht per Videokonferenz.

**Der erste Workshop fand bereits im Januar statt, seither jeden Dienstag.**

**Wie ist die Resonanz?**

Es läuft insgesamt wirklich gut. Gleich beim ersten Super Tuesday hatten sich über 100 Leute zugeschaltet. Für uns ist das natürlich auch eine Umstellung, weil wir als Bereich Politische Bildung normalerweise Präsenzseminare mit 20 bis 30 Teilnehmenden organisieren. Das bisherige Feedback aus den Befragungen zeigt aber: Das geht, und es kommt gut an. Das Interesse ist auch groß. Natürlich halten sich die anfänglichen Anmelde- und Teilnehmezahlen nicht auf Dauer, aber es

gibt immer noch viele motivierte Leute, was uns freut. Je befähigter und motivierter sie sind, Wahlkampf zu machen, desto besser auch unser Wahlergebnis.

**Kann ich mich jetzt noch anmelden?**

Ja, wir wollen möglichst vielen Genossinnen und Genossen Workshops anbieten. Interessierte können sich auch weiterhin anmelden, bis in den Sommer hinein.

**Wo finde ich euer Programm und wo kann ich mich anmelden?**

Ganz einfach unter: [www.die-linke.de/super-tuesday](http://www.die-linke.de/super-tuesday). Da ist eine Übersicht mit allen noch anstehenden Seminaren. Im Online-Formular kannst du dich problemlos für die Seminare der jeweils kommenden sechs Wochen anmelden. Die Veranstaltungsreihe geht noch bis Juli.

**Welche technischen Voraussetzungen muss ich mitbringen, um so ein Online-Seminar zu besuchen?**

Du brauchst einen Rechner, Laptop oder Tablet, ja selbst ein Smartphone reicht. Wer das nicht hat, kann sich vielleicht an seine Kreisgeschäftsstelle wenden. Eventuell gibt es auch die Möglichkeit, das bei einer Genossin oder einem Genossen zu machen. Um Mitmachen zu können, brauchst du keine eigene Software oder Account und musst auch nichts bezahlen.



Deine Spende unterstützt  
**DIE starke Stimme**  
für eine soziale, friedliche  
und klimagerechte Politik.

**DIE LINKE.**

Wie hilft Deine Spende  
im Wahlkampf?

25 Euro



Damit können wir 500  
Flyer zusätzlich drucken.

100 Euro



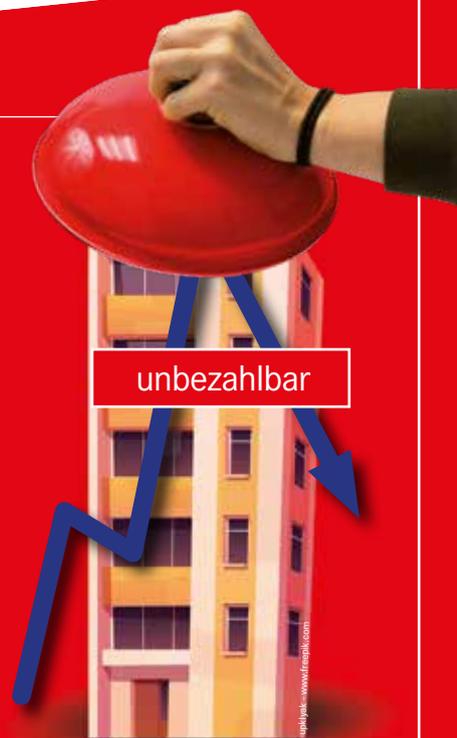
Damit können wir  
400 Stifte finanzieren.

1.000 Euro



Dafür können wir einen unserer  
»Miethaie« anschaffen.

unbezahlbar



Freude über einen bundesweit  
eingeführten Mietendeckel.

**Spendenkonto:** DIE LINKE Parteivorstand  
IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00  
BIC: BEVODEBB  
Berliner Volksbank eG  
**Kenntwort: Spende**

Bitte gib bei allen Spenden jeweils  
Deinen Namen, Vornamen und die  
Anschrift an. Deine Daten behandeln  
wir vertraulich. Auf Wunsch stellen wir  
gern Spendenbescheinigungen aus.

Um den Wahlkampf der LINKEN mit einer  
Spende zu unterstützen, nutze bitte das  
Spendenkonto oder spende online unter:

[www.die-linke.de/spenden](http://www.die-linke.de/spenden)